

Roland Eckert

Prozesse der Radikalisierung

I. Was wissen wir über Radikalisierung?

Politische Radikalisierung ist eine tiefgreifende Veränderung der persönlichen Relevanzstrukturen, in der kulturelle, gesellschaftliche oder biografische Konflikte so interpretiert werden, dass die Identifikation mit einer kämpfenden Partei zunehmend den Sinn des Lebens bestimmt. Sie steht oft in einem Zusammenhang mit der Billigung oder der Ausübung von physischer Gewalt zu „höheren“ Zwecken. Politisch motivierte Gewalt unterscheidet sich von anderen Gewalttaten zumeist dadurch, dass sie aus der Sicht der Akteure eine „altruistische“ Tat ist, weil sie *für* einen Glauben bzw. *für* eine erlebte oder imaginierte Gemeinschaft begangen wird. Solange dieser Glaube nicht erschüttert ist, haben die Täter oft ein „gutes Gewissen“ und sind mehr oder minder resistent gegenüber Sanktionen. Gerade deswegen kann die Prävention von Radikalisierung und die Förderung von Zweifeln an diesem Weg eine herausragende Bedeutung für den sozialen Frieden haben.

Zu fragen ist allerdings, ob uns die Analyse des Phänomens gelingen kann, solange wir von den Konflikten abstrahieren, in deren Zusammenhang die Radikalisierung jeweils stattfindet. Angesichts einer erneuten Einwanderungswelle und der laufenden Radikalisierung gegen sie müssen wir einsehen: Die Realitätsverweigerung der Bundesrepublik bestand über Jahrzehnte in der Behauptung, dass sie kein Einwanderungsland sei. Nicht weniger realitätsfremd war in den Sozialwissenschaften die Vorstellung, dass Fremdenfeindlichkeit eigentlich auf Belastungen anderer Art, z.B. in Familie, Schule und Arbeitsmarkt, nicht aber auf genuine Probleme mit Fremdheit zurückzuführen sei. Schon 1992/93 riskierte man mit dem Hinweis¹, dass Fremdenfeindlichkeit etwas mit (unbewältigten) Einwanderungsprozessen zu tun habe, den Vorwurf, damit gebe man den Opfern die „Schuld“. Noch in einer neueren Übersicht über den Forschungsstand² wird zwar auf die ältere amerikanische Ethnozentrismusforschung hingewiesen, gleichwohl werden in den referierten so-

genannten „Makrostrukturellen Ansätzen“ Wanderungsbewegungen als Ursachen nirgends thematisiert. Damit haben beide, Politik *und* Wissenschaft, aus unterschiedlichen Gründen Probleme und Konflikte ausgeblendet, mit denen wir in der Vergangenheit, heute und ohne Zweifel auf Dauer konfrontiert sein werden. Einwanderung ist eine Chance – aber nur, wenn wir die mit ihr verbundenen Konflikte nicht leugnen sondern angehen und bearbeiten. Daher werde ich im Folgenden den Zusammenhang von gesellschaftlichen bzw. kulturellen Konflikten und dem Prozess der Radikalisierung thematisieren, bevor ich biografische Prädispositionen benenne, die bei einzelnen Individuen den Anschluss an politische Bewegungen befördern. In einem weiteren Teil möchte ich die Dynamik skizzieren, die auf der Meso-Ebene durch Kampfbünde erzeugt wird, in denen auch terroristische Strategien entwickelt werden. Ich erwarte mir einen Erkenntnisgewinn von dem Versuch, die innere Logik der Radikalisierung herauszuarbeiten und werde daher vorübergehend die Werturteile suspendieren, mit denen wir aktuell Stellung beziehen müssen.

II. *Drei sich radikalisierende Bewegungen*

Zuvor mag es hilfreich sein, sehr knapp die Konturen des Phänomens in historischer Perspektive in den Blick zu nehmen. Die zweite deutsche Demokratie hat bisher *drei politische Bewegungen* erlebt, in denen sich einzelne Gruppen bis in den Terrorismus hinein radikalisiert haben:

Als erste ist dabei *die antiimperialistische Protestbewegung* in den USA und Europa zu nennen, die am Ende der sechziger Jahre und in den Siebziger u.a. gegen Geheimdienst- und Militärinterventionen der USA, z.B. im Iran und in Vietnam/Kambodscha, aber auch in Süd- und Mittelamerika demonstrierte. In Deutschland und den USA hat sie sich (insbesondere nach der Tötung von Demonstranten durch Polizeibeamte) mit der Vorstellung radikalisiert, kapitalistische Gesellschaften seien immer wieder auf dem Weg in den Faschismus seien. Das hat in verschiedenen „Fraktionen“ (2. Juni, RAF, Rote Zellen) zur Gründung von terroristischen Vereinigungen geführt.

Als zweite Bewegung ist die postkoloniale Bewegung zu nennen, die sich nach der Niederlage der arabischen Staaten im Sechstagekrieg 1967, nach der Besetzung und Besiedlung palästinensischer Gebiete